

Diese Richtlinien sind durch die nachstehend genannten kirchlichen Gemeinschaften gebilligt und damit in Kraft getreten:

Evangelische Kirche in Deutschland gez.: *D. Wurm, D. Dibelius, D. Martin Niemöller, Asmussen*

Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland gez.: *Paul Schmidt, Hugo Hartnack*

Evangelische Gemeinschaft in Deutschland gez.: *Ernst Pieper*

Methodistenkirche in Deutschland gez.: *I. W. Ernst Sommer*

Alt-Katholische Kirche in Deutschland gez.: *Dr. W. Küppers*

Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden gez.: *Ernst Crous*

Bund freier evangelischer Gemeinden in Deutschland gez.: *Prediger Glebe*

## **Zu Asmussens Äußerungen über die politische Bedeutung der ökumenischen Bewegung**

VON W. A. VISSER 'T HOOFT

Die Vorlesung, die Asmussen auf den Salzburger Hochschulwochen 1956 gehalten und in dem Band „Trennung und Einung im Glauben“ (Evang. Verlagswerk, Stuttgart) veröffentlicht hat, stellt sachlich eine Zusammenfassung seines früheren Buches „Rom — Wittenberg — Moskau“ (Schwaben-Verlag, Stuttgart) dar. Der Titel der Vorlesung lautet „Das Verhältnis der Konfessionen als Politikum“ oder, um es anders auszudrücken, „Die politische Bedeutung der interkonfessionellen Beziehungen“. Dies ist ein wichtiges Gebiet, das bisher noch nicht die Beachtung gefunden hat, die es verdient. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß eine greifbare Wechselwirkung zwischen dem politischen und dem ökumenischen Bereich besteht. In unserer von der Politik besessenen Welt kann die ökumenische Bewegung schlechterdings nicht vorgeben, in einem kirchlichen und theologischen Ghetto zu leben. Schon ihr bloßes Vorhandensein als Bewegung, die Kirchen aus allen Teilen der Welt zusammenbringt, ist in gewissem Sinne ein politisches Faktum, da sie in den Kirchen das Bewußtsein grundsätzlicher Zusammengehörigkeit und gemeinsamer Beteiligung an einer weltweiten Aufgabe wiedererweckt und sie so aus einer Existenzform herauslöst, deren Horizont durch nationale Schranken begrenzt wird. Zugleich ist die ökumenische Bewegung von Anfang an bemüht gewesen, den gemeinsamen Überzeugungen der Kirchen in bezug auf die grundsätzlichen sozialen und politischen Aufgaben der Gegenwart Ausdruck zu geben.

Nun erfordert eine Untersuchung der politischen Bedeutung der ökumenischen Bewegung eine gründliche Kenntnis der mannigfachen Faktoren, die innerhalb einer solchen weltweiten Bewegung wirksam sind und sie beeinflussen, denn jede

Entscheidung, die von einer solchen Körperschaft wie dem Ökumenischen Rat der Kirchen getroffen wird, ist das Ergebnis des Zusammenwirkens der Überzeugungen und Meinungen, die von Kirchen sehr verschiedener Prägung vertreten werden. Leider läßt die Vorlesung von Asmussen erkennen, daß sich der Verfasser dieser Tatsache nicht bewußt ist. Sein Bild von der ökumenischen Bewegung ist sehr primitiv. Er greift fast aufs Geratewohl ein paar Dinge heraus, die ihm bekannt geworden sind, weil sie mit seinem eigenen Land zu tun haben, und geht nun daran, auf diesem unsicheren Boden ein Bild der ökumenischen Situation zu entwerfen, das in keiner Weise mit der Wirklichkeit übereinstimmt.

Asmussen sucht seine Leser davon zu überzeugen, daß die Politik des Ökumenischen Rates weithin von einer bestimmten Gruppe deutscher Kirchenführer gesteuert werde, deren Hauptanliegen seiner Meinung nach in der Bekämpfung des römischen Katholizismus besteht. Er ist des Glaubens, daß hierin der Grund für den Einspruch des Ökumenischen Rates gegen die Verletzung der Religionsfreiheit in Spanien und Kolumbien zu suchen sei. Er ist überzeugt, daß hierauf auch das Bestreben des Ökumenischen Rates zurückgehe, mit dem Moskauer Patriarchat ins Gespräch zu kommen. Rom, so behauptet Asmussen, ist für den Ökumenischen Rat „eben der Feind Nummer eins“. „Wir stehen auf der Schwelle einer anti-römischen Ökumene“ (S. 27).

Nun ist das eine derartig totale Verzerrung der heutigen ökumenischen Situation, daß wir darauf einzugehen uns kaum bemüßigt fühlen würden, wenn sie nicht gerade von Asmussen und im Rahmen akademischer Vorlesungen vorgetragen worden wäre. Um die fundamentalen Trugschlüsse in diesem Bilde aufzuzeigen, stellt man vielleicht am besten einige Fragen.

Kann jemand, der auch nur ein wenig über den Ökumenischen Rat Bescheid weiß, im Ernst der Meinung sein, daß eine Gruppe deutscher Kirchenführer es erreicht hat, einen derartig bestimmenden Einfluß auf den gesamten Ökumenischen Rat auszuüben? Zweifellos spielen die deutschen Kirchen durch ihr theologisches und zahlenmäßiges Gewicht in der ökumenischen Bewegung eine beachtliche Rolle, aber diese Rolle spiegelt natürlich die sehr verschiedenen Richtungen im kirchlichen Leben Deutschlands wider und ist sicherlich von keiner größeren Bedeutung als die Rolle, die andere große Kirchengruppen spielen, wie etwa die britischen oder nordamerikanischen.

Hat man schon vergessen, daß der erste unmittelbare Kontakt in der jüngsten Geschichte zwischen einer westlichen Kirche und dem Moskauer Patriarchat durch die Kirche von England während des zweiten Weltkrieges erfolgte, als Erzbischof Garbett Rußland besuchte? Und ist Asmussen unbekannt, daß im Jahre 1946 der Verwaltungsausschuß des Ökumenischen Rates (dem damals kein deutsches Mitglied angehörte) nach Austausch von Botschaften mit dem Moskauer Patriarchat die Ernennung einer Delegation beschloß, die mit einer ähnlichen Delegation des Moskauer Patriarchates zusammentreffen sollte?

Mit anderen Worten: Der in Evanston im Jahre 1954 gefaßte Beschluß, mit der russischen Kirche erneut Fühlung aufzunehmen, war einfach eine erneute Bekräftigung des Planes, den der Ökumenische Rat von Anfang an verfolgt hatte, und wenn er überhaupt einen Vorgang in dem Verhalten seiner Mitgliedskirchen hatte, so war es der Schritt der Kirche von England. Man muß noch hinzufügen, daß auf derselben Tagung im Jahre 1946 beschlossen wurde, eine Delegation unter Leitung von Erzbischof Brilioth zu den vier alten orthodoxen Patriarchaten und zu der Kirche von Griechenland zu entsenden.

Erzbischof Germanos, Exarch des Ökumenischen Patriarchen, war einer der führenden Männer jener Konferenz im Jahre 1946. Damals wie auch bei allen anderen Gelegenheiten, bei denen die Beziehungen zur Kirche von Rußland erörtert wurden, sind die Beschlüsse im vollen Einverständnis mit den Vertretern der orthodoxen Kirchen gefaßt worden, soweit diese Kirchen zu jener Zeit schon im Ökumenischen Rat mitarbeiteten. Der Satz von Asmussen (Rom — Wittenberg — Moskau, S. 65): „Nun scheint es sicher zu sein, daß die Moskauer Besuche mit den alten Patriarchaten nicht abgesprochen waren“, verkehrt daher die Wahrheit in ihr genaues Gegenteil.

Der Wunsch, mit der Kirche von Rußland ein offenes Gespräch zu führen, hat seine Wurzeln in der Geschichte der ökumenischen Bewegung vor der ersten Vollversammlung von 1948. Er ist nicht durch politische Erwägungen bestimmt, sondern durch das Streben nach wahrer Universalität. Dies ist anläßlich der Gespräche zwischen den amerikanischen und den russischen Kirchen sehr klar zum Ausdruck gekommen. Die beiden Abordnungen waren in ihren politischen Standpunkten sehr weit voneinander entfernt, aber sie waren so tief von der Wichtigkeit der Begegnung zwischen Christen verschiedener Standpunkte überzeugt, daß sie die Fortsetzung dieser Kontakte beschlossen.

In ähnlicher Weise besteht gegenwärtig eine sehr tiefe Kluft zwischen der Stellungnahme, die der Ökumenische Rat zu der ungarischen Krise eingenommen hat, und derjenigen, die das Moskauer Patriarchat vertritt. Falls und wenn Gespräche zwischen Vertretern des Ökumenischen Rates und des Moskauer Patriarchats stattfinden, so wird dieses nicht geschehen auf Grund politischer Übereinstimmung, sondern trotz politischer Meinungsverschiedenheit.

Asmussens Grundthese ist, daß hierbei wie auch auf anderen Gebieten der Ökumenische Rat in der Hauptsache von einem anti-römisch-katholischen Affekt beherrscht wird. Das ist eine ernsthafte Anklage, und die Tatsachen, die zu ihrer Begründung angeführt werden, sind äußerst unzureichend. Unsere Proteste wegen der Lage der Protestanten in Spanien und Kolumbien werden nicht deswegen erhoben, um die römisch-katholische Kirche zu kränken, sondern um die Grundsätze zu wahren, für die der Ökumenische Rat einsteht. Diese Proteste haben oft genug die Unterstützung römisch-katholischer Sprecher und Autoren gefunden. Sie

sind öffentlich ausgesprochen worden, nachdem vorangegangene Versuche, die Angelegenheit unmittelbar und in persönlicher Fühlungnahme zu bereinigen, gescheitert waren.

Falls Asmussen die Gesamtvorgänge um die Beziehungen zwischen der ökumenischen Bewegung, wie sie im Ökumenischen Rat vertreten ist, und den ökumenisch gesinnten Kreisen im römischen Katholizismus sorgfältig untersucht hätte, so würde er herausgefunden haben, daß in den letzten Jahren diese Beziehungen an Intensität und Umfang sehr gewonnen haben. Es gibt jetzt weit mehr — inoffizielle — Gespräche als noch vor einigen Jahren. Und er würde auch noch etwas anderes herausgefunden haben, nämlich daß keine Anzeichen dafür vorhanden sind, daß es in den Kreisen des Ökumenischen Rates eine Gruppe gibt, die mehr das Gespräch mit der Kirche von Rußland befürwortet, und eine andere Gruppe, die den Vorrang des Gespräches mit ökumenisch gesinnten römischen Katholiken behauptet. Im Gegenteil; diejenigen, die das eine wollen, wollen auch das andere. Wenn überhaupt die Gefahr einer Meinungsverschiedenheit besteht, so liegt diese eher darin begründet, daß es einige gibt, die einen protestantischen Weltrat bevorzugen würden und sowohl dem römischen wie dem nichtrömischen Katholizismus ablehnend gegenüberstehen.

Es gibt in dem von Asmussen entworfenen Bild der ökumenischen Bewegung noch zahlreiche andere Punkte, die der Richtigstellung bedürften. Es ist natürlich völlig unzutreffend, daß die Tagung des Zentralausschusses im Jahre 1956 von der Frage nach den Beziehungen zu Moskau beherrscht war. Auch kommt es überhaupt nicht in Betracht, daß der Ökumenische Rat mit dem Moskauer Patriarchat ein Übereinkommen treffen könnte, das die Preisgabe der russischen Exilkirche einschließen würde. Aber das vorstehend Gesagte muß genügen, um deutlich zu machen, daß Asmussens Versuch, die politische Bedeutung interkonfessioneller Beziehungen aufzuzeigen, mißlungen ist, weil er nicht auf wirklicher Kenntnis der wesentlichen Zusammenhänge beruht.